

Deutsche Anklage 1946

Der Konstanzer SÜDKURIER, die ›Antifa‹-Ausschüsse und die Frage der Voraussetzungen des Neubeginns

Von WOLFGANG MATTHIAS SCHWIEDRZIK

*»Wir sind befreit, aber nicht frei.«
Karl Jaspers, Heidelberger Erinnerungen, 1961*

Am 20. November 1945, ein halbes Jahr nach der militärischen Niederschlagung des »Dritten Reiches«, trat in Nürnberg ein Internationaler Militärgerichtshof zusammen, um über die gegen Hermann Göring, Rudolf Heß und zweiundzwanzig weitere führende Repräsentanten des Hitler-Regimes erhobene Anklage zu befinden. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, Verbrechen gegen den Frieden begangen zu haben, indem sie sich an der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Angriffskriegen beteiligten; zweitens wurden sie als Kriegsverbrecher beschuldigt; drittens wurde ihnen zur Last gelegt, Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben, indem sie an der Ermordung, Ausrottung, Verschleppung und Versklavung der Zivilbevölkerung der überfallenen Länder beteiligt waren und an der Verfolgung von Menschen aus politischen, rassischen und religiösen Gründen. In über vierhundert öffentlichen Sitzungen wurden Zeugen gehört, Beweismittel ausgebreitet, wurden die Angeklagten vernommen, so daß sich ein klares und zugleich relativ differenziertes Bild von der Mitschuld und Mitverantwortung der Angeklagten an den ungeheuerlichen Verbrechen des NS-Regimes ergab.

Der Nürnberger Prozeß wurde als großer Fortschritt in der Rechtsgeschichte gefeiert, weil er die Achtung vor der Würde des Menschen wieder in das Zentrum der Rechtsprechung gerückt und weil er die persönliche Verantwortung des einzelnen betont habe. Wer als Treuhänder für Staat und Gesellschaft tätig werde, sollte die Verantwortung für sein Tun nicht auf den Staat oder andere abstrakte, unpersönliche Gebilde abwälzen können, hieß es. Vielmehr sollte er mit Leib, Leben und Ehre dafür einstehen müssen, daß die von Recht und Moral gesetzten Maßstäbe und Schranken nicht mißachtet werden. Der Prozeß ächtete den Angriffskrieg als ein Verbrechen und unterstrich das Recht der internationalen Völkergemeinschaft, die Bedrohung des Weltfriedens durch aggressive, totalitäre Regime abzuwehren und Kriegsverbrecher vor einen internationalen Gerichtshof stellen zu dürfen.

Die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf den Nürnberger Prozeß war indifferent bis ablehnend. Zwar wurde über die Eröffnung des Prozesses in den bereits lizenzierten Presseorganen breit berichtet, aber in den folgenden Monaten traten die Meldungen über den Fortgang des Prozesses deutlich zurück. Weder wurde in der Bevölkerung eine besondere Erschütterung während der Beweiserhebung deutlich – was angesichts der vorgelegten Tatsachen über die planmäßige Vorbereitung des Überfalls auf andere Völker, über den Terror in den besetzten Gebieten und über die begangenen Massenmorde verwundert, noch erregte man sich über die Haltung der Angeklagten, die ausnahmslos die erhobene Anklage zurückwiesen. Man blieb indifferent bis ablehnend, weil der Prozeß als eine Angelegenheit der Sieger betrachtet wurde. Jeder Sieger nahm sich das Recht zu richten! Was konnte man tun? Weder war es möglich, den Richtern in den Arm zu fallen noch

war es besonders opportun, seine Zustimmung zu einer solchen Form von »Siegerjustiz« zu erkennen zu geben.

Die Deutschen vegetierten nach sieben Jahren Krieg, den das NS-Regime angezettelt hatte, in den Trümmern ihrer Städte. Die Nazi-Herrlichkeit war zusammengebrochen; das Land war von fremden Truppen besetzt. Millionen Menschen waren ausgebombt oder wurden aus ihrer angestammten Heimat vertrieben. Es gab keinen deutschen Staat, kein verbindliches Rechtssystem, keine das ganze Land umfassende politische Repräsentanz mehr. Man war auf sich selbst und die Frage des unmittelbaren Überlebens zurückgeworfen. Was interessierte einen da das Schicksal einiger Nazi-Bonzen und Generäle, die in Nürnberg vor einem fremden Gericht standen?

Das Dilemma des Nürnberger Prozesses

Den am Nürnberger Prozeß beteiligten Richtern und Anwälten war das Dilemma des Nürnberger Prozesses durchaus bewußt. Hier saßen nicht unabhängige Richter, sondern Vertreter der Siegermächte über Besiegte zu Gericht. Hier wurde – z. B. in der Frage des Angriffskrieges – Recht angewandt, das erst nach der Vollendung der Tat geschaffen worden war. Und es wurden nur Vertreter des Hitler-Regimes vor diesen Internationalen Gerichtshof gestellt, nicht jedoch Kriegsverbrecher aus den Reihen der früheren Gegner Deutschlands.

»Die Anklage hat bei der Verurteilung der Deutschen einen hohen Maßstab des Verhaltens gegenüber fremden Nationen und gegenüber dem eigenen Volk zugrunde gelegt«, sagte der amerikanische Hauptankläger, Justice Jackson, im Oktober 1946. »Das ist ein Maßstab, an dem ihr eigenes Verhalten in Zukunft gemessen werden wird. Kein Volk kann in seiner eigenen Praxis von diesem Standard abweichen, ohne die Verurteilung und die Verachtung der zivilisierten Welt herauszufordern!¹«

Das Dilemma des Nürnberger Prozesses entsprang jedoch nicht der Willkür der Sieger, sondern der Tatsache, daß es die Deutschen nicht geschafft hatten, das Hitler-Regime aus eigener Kraft zu stürzen. Die Kräfte des Widerstandes waren zu schwach gewesen; und der letzte verzweifelte Versuch vom 20. Juli 1944, den Diktator durch ein Attentat zu beseitigen, war gescheitert. Unter diesen Umständen gab es keine andere Möglichkeit, als Deutschland von außen zu befreien. »Wir, die unter bitteren Schmerzen im Krieg den Sieg des Feindes wünschten, während unsere eigenen Siege uns erschreckten, die den eigenen Untergang herbeisehnten, weil er zugleich den Untergang Hitlers und der Seinen bedeutete, sollten wir nicht die Schuld Deutschlands, für die wir politisch alle haften müssen, durch und durch kennen?« schrieb Ricarda Huch im Februar 1946 an Hermann Hesse.

Doch die Befreiung von außen zog notwendig nach sich, daß nun, nach der Beseitigung des NS-Regimes, nicht Deutsche über die Nazi-Verbrecher zu Gericht saßen, sondern die Vertreter der Siegermächte, daß nicht deutsches Recht angewandt wurde, sondern internationales Recht, und daß die Angeklagten die erdrückende Last der gegen sie erhobenen Anklage dadurch meinten beseite schieben zu können, daß sie die Rechtmäßigkeit des Gerichtshofes selber in Frage stellten.

Diejenigen, die aktiv gegen das Hitler-Regime gekämpft hatten, empfanden ein Ungenügen an dieser Situation. War es nicht von grundlegender Bedeutung, daß die Deutschen selbst mit den Hauptschuldigen an der deutschen Katastrophe abrechneten? Die Verurteilung und Bestrafung der »Rechtsschänder« und Kriegsverbrecher war in den Programmen, die im Kreisauer Kreis, von Carl Goerdeler und Ludwig Beck, aber auch in anderen Teilen des Anti-Hitler-Widerstandes ausgearbeitet worden waren, eines der wichtigsten Anliegen

¹ Zit. n. KRAUS, Herbert (Hrsg.): Das Urteil von Nürnberg 1946, München 1961, S. 8–9.

gewesen. Nach all den Jahren der Willkür, der Rechtlosigkeit und der zügellosen Aggression mußte das Recht wieder zur Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens und des Zusammenlebens der Völker werden, mußten rechtsstaatliche Verhältnisse geschaffen werden. Das schloß ein und setzte voraus, daß man die Verbrecher, die jahrelang in deutschem Namen das Recht gebrochen hatten (und »geschändet«, wie man in Kreisau sagte) vor Gericht stellte und aburteilte².

Aber selbst wenn die Alliierten deutsche Gerichte eingesetzt (oder zugelassen) hätten, die die NS-Verbrecher hätten aburteilen können, wäre die Situation nicht viel besser gewesen. Zu schwach waren die Kräfte des Widerstands gewesen, eine Minderheit in einem Meer von Mitläufern – so daß sie nur gestützt auf die Macht der Besatzungstruppen ihres Amtes hätten walten können. Was hätte näher gelegen, als sie der »Kollaboration« mit dem Feind zu bezichtigen? Was wäre einfacher gewesen, als sie als Erfüllungsgehilfen einer anderen Form von »Siegerjustiz« zu denunzieren? Das Dilemma, das sich in den Nürnberger Prozessen ausdrückte, war nicht aufhebbar.

»Deutsche Anklage«

In dieser Situation des Ungenügens erschien am 4. Januar 1946, sechs Wochen nach der Eröffnung des Nürnberger Prozesses, in einer kurz zuvor lizenzierten deutschen Tageszeitung, dem SÜDKURIER in Konstanz am Bodensee, im äußersten Südwesten Deutschlands, ein Aufruf mit dem Titel »Deutsche Anklage«³.

»Den Nürnberger Prozeß ergänzend sollen die Darstellungen aufzeigen, wessen wir Deutsche selbst, über die Anklagen der Alliierten hinaus, die vergangene Epoche – und zu einem großen Teil freilich auch uns selbst – zu beschuldigen haben,« hieß es in der Einleitung zu der »Deutschen Anklage«. Und im Text selbst las man in bezug auf die Haltung der Deutschen gegenüber dem Prozeß: »Der internationale Charakter des Nürnberger Prozesses verweist uns Deutsche auf die Rolle des Zuschauers und Zuhörers, der dort erst einmal die Wahrheit erfahren und kennenlernen soll, die den meisten von uns bisher vorenthalten oder nur in entstellter Form bekannt geworden ist. Wir können in Nürnberg aus vielen Gründen nicht als Kläger auftreten, vor allem darum nicht, weil die Verbrecher, die dort zur Aburteilung stehen, nicht primär an Deutschen und an Deutschland verübt worden sind. Vielmehr ist Nürnberg für uns nur die Gelegenheit zu erkennen, daß und in welchem Umfang der Nationalsozialismus die Deutschen zu jenen Verbrechen als Werkzeuge mißbraucht hat. Darum verfolgen wir den Prozeß mit dem Gefühl einer brennenden Scham, die aus der mit dem Fortschreiten des Prozesses zunehmenden Erkenntnis der Wahrheit erwächst. Je klarer diese wird, um so deutlicher begreifen wir aber auch, daß die Verantwortlichen des Dritten Reiches nicht nur gegenüber der Welt, sondern auch gegenüber ihrem eigenen Volk schuldig geworden sind, wenn auch diese Schuld auf einer anderen Ebene liegt und in einem anderen Sinn verstanden und beurteilt werden muß.« Unabhängig und nicht präjudiziert von dem Urteil, das in Nürnberg gefällt werde, müsse das deutsche Volk zu einem eigenen Urteil über das Verbrechen gelangen, das an seinem Wesen und an seiner Geschichte in den zwölf Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft begangen worden sei.

2 Vgl. die Kreisauer Dokumente »Bestrafung von Rechtsschändern«, »Deutsche Beteiligung an der Bestrafung für Schandtaten«, »Instruktion für Verhandlungen über die Bestrafung von Rechtsschändern durch die Volksgemeinschaft« in: BLEIESTEIN, Roman (Hrsg.): Dossier Kreisauer Kreis, Dokumente aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1987, S. 302–314.

3 »Deutsche Anklage«, in: SÜDKURIER, Tagblatt für Bodensee, Schwarzwald und das obere Donaugebiet, 2. Jg., Nr. 1, Konstanz 4. 1. 1946, S. 1.

Diese »Deutsche Anklage«, initiiert vom Herausgeber des SÜDKURIER, Johannes Weyl, und formuliert vom Chefredakteur der Zeitung, Dr. Fritz Harzendorf⁴, sollte den Auftakt bilden zu einer Reihe von Beiträgen, in denen führende Männer und Frauen der ersten Stunde sich mit den Verbrechen des Nazi-Regimes auseinandersetzen sollten. Gemeinsam wollte man, wenn schon kein deutsches Gericht über die Verbrechen des NS-Regimes richten konnte, eine Art publizistisches Tribunal veranstalten.

Johannes Weyl, der von 1926 bis 1944 im Berliner Ullstein Verlag als Redakteur und Herausgeber, später als stellvertretender Leiter der Zeitschriften-Abteilung gearbeitet hatte, war durch die Kriegswirren nach Konstanz verschlagen worden. 1934 war er auf Bitten der jüdischen Familie Ullstein – als sich abzeichnete, daß sie gezwungen werden würde, den Verlag zu verkaufen – von der Redaktion in die Verwaltung des Ullstein-Verlages gewechselt. Weyl, der sich als Treuhänder der Ullsteins in dem bald darauf in »Deutscher Verlag« umbenannten Unternehmen verstand, wurde von den neuen Herren zwar in seinen Kompetenzen beschnitten, ihm wurde auch der Direktor-Titel abgenommen, aber er konnte sich als unentbehrlicher Fachmann in der zweiten Reihe behaupten. »Es schien mir wichtig und selbstverständlich, eine gewisse Machtposition zu behalten«, schrieb Weyl 1945, »um sie zugunsten meiner politischen Überzeugung und zugunsten meiner Freunde zu verwenden⁵.« Tatsächlich war Johannes Weyl so etwas wie ein »Herd des alten Ullsteingeistes« in dem nun mehr und mehr gleichgeschalteten Verlag. »Ich habe Menschen, die von früher her im Verlag waren, geschützt, wo das nicht grundsätzlich unmöglich war, und habe keine SA- und SS-Gestalten in meine Ressorts eindringen lassen; ich habe mit wenigen begründeten Ausnahmen nicht einmal Parteigenossen engagiert und so die Voraussetzungen für manche stille Sabotage in der publizistischen Arbeit erhalten und geschaffen, und ich habe manchem, der gefährdet war, im Verlag Existenz, Wirkungsmöglichkeit und eine gewisse Sicherheit geben können«, schrieb Johannes Weyl am 18. Mai 1945⁶ an Curt Szafranski in New York, der ihn 1934 gebeten hatte, sein Nachfolger als Leiter der Zeitschriften-Abteilung bei Ullstein zu werden. Zu denen, die Weyl beschäftigte und schützte, gehörten u. a. Erich Ohser (e. o. plauen), der Zeichner von »Vater und Sohn« (der sich 1944 in der Gestapo-Haft das Leben nahm), gehörte der Schriftsteller Erik Reger, der wegen seiner linken Vergangenheit besonders gefährdet war, und gehörte Annedore Leber, die Frau des nach dem 20. Juli hingerichteten SPD-Reichstagsabgeordneten Julius Leber, die er als Leiterin des Schnittmusterateliers engagierte. »Der Kampf gegen Erik Reger hörte nie auf,« schrieb Weyl am Curt Szafranski, »und die Abwehr war das klassische Beispiel dafür, daß man etwas erreichen konnte, wenn man sich nicht einschüchtern ließ und andererseits aussichtslose Provokationen vermied⁷.«

Weyl, der gelernt hatte zu überleben, ohne sich zu kompromittieren, war ein Mann mit Grundsätzen, ohne damit aufzutumpfen. Das zeigte sich auch beim Aufbau des SÜDKURIER nach dem Kriege. Das zeigte sich insbesondere bei der »Deutschen Anklage«. Auf seine Bitte hin beteiligten sich an dieser Initiative die Philosophen Karl Jaspers⁸

4 Dr. Fritz Harzendorf (1889–1964), Journalist, 1913 bei der »Neuen Konstanzer Abendzeitung«, danach Generalsekretär der Demokratischen Partei Badens in Karlsruhe, 1919–1929 bei der »Oberländer Zeitung« in Singen/Hohentwiel, 1929 Chefredakteur der Zeitung »Der Hohenstaufen«, 1940 Reserveoffizier; 1945–1946 Chefredakteur des SÜDKURIER, danach der »Saarbrücker Zeitung«.
Vgl. Harzendorf, Fritz: So'n Journalist – im Wandel der Zeit 1913–1963, Saarbrücken 1964.

5 WEYL, Johannes: Kurze Darstellung meiner Situation im Verlag Ullstein bzw. Deutschen Verlag Berlin, 2 S., undat. (1945), S. 1 (Archiv Dr. Brigitte Weyl, Konstanz).

6 WEYL, Johannes: Brief an Curt Szafranski vom 18. 5. 1945, S. 2 (Archiv Dr. Brigitte Weyl).

7 WEYL, Johannes: Brief an Curt Szafranski, a. a. O., S. 7.

8 Vgl. den Briefwechsel Johannes Weyls und anderer Mitarbeiter des Südverlages mit Karl Jaspers, Romano Guardini, Ricarda Huch, Gustav Radbruch, Theodor Heuß, Eduard Spranger, u. a. (Deutsches

und Romano Guardini, die Schriftstellerin Ricarda Huch, der Jurist und frühere Reichsjustizminister Gustav Radbruch, der Publizist und damalige Kultminister (sic!) des Landes Württemberg-Baden, Theodor Heuß, und der Pädagoge Eduard Spranger. Angesprochen waren ferner die Schriftstellerin Gertrud Bäumer, der Historiker Gerhard Ritter, der Schriftsteller Ernst Jünger. Ferner sollten ein Soldat und ein Gewerkschaftsführer zu Beiträgen aufgefordert werden⁹.

Selbstreinigung

Dem deutschen Volk könne und dürfe es nicht genügen, daß die Kriegsverbrecher vom Internationalen Gerichtshof abgeurteilt und bestraft würden, hieß es in der »Deutschen Anklage«. »Denn für uns Deutsche handelt es sich um die Selbstreinigung, die allein aus der Erkenntnis des geschehenen Unrechts hervorgehen kann. Diese Erkenntnis sachlich zu ergründen und zum Gemeingut der Deutschen zu machen, ist Sinn und Zweck der Deutschen Anklage, die zu erheben wir uns entschlossen haben.«

In dem Begriff der »Selbstreinigung« fassen sich die Vorstellungen der beteiligten Männer und Frauen treffend zusammen. »Reinigung«, »Selbstreinigung« – das war der Begriff, der in den Schriften aller Beteiligten – von Karl Jaspers über Ricarda Huch bis zu Johannes Weyl – in diesen Jahren auftaucht. Es ist der Zentralbegriff, in dem maßgebliche Intellektuelle, die aus dem Widerstand kamen oder mit dem Widerstand zumindest verbunden waren, die Hauptaufgabe der Deutschen nach der Katastrophe des Hitler-Regimes zusammenfaßten. So auch in der »Deutschen Anklage«. »Reinigung ist die Bedingung unserer politischen Freiheit,« sagte Karl Jaspers in seiner berühmten Vorlesung über die »Schuldfrage«, die er im Wintersemester 1945/46 an der Heidelberger Universität hielt und die im April 1946 bei Lambert Schneider in Heidelberg veröffentlicht wurde¹⁰. »Denn erst aus dem Schuldbeußtsein entsteht das Bewußtsein der Solidarität und Mitverantwortung, ohne die Freiheit nicht möglich ist.« Nur durch innere Umkehr und Selbstreinigung sei eine grundlegende Änderung der Verhältnisse in Deutschland möglich, unterstrich er zur selben Zeit in seiner Antwort an die norwegische Schriftstellerin Sigrid Undset¹¹, die in einer Schmähschrift die Umerziehung der Deutschen für hoffnungslos erklärt hatte¹². Tatsächlich sei es nicht möglich, ein Volk von außen »umzuerziehen«, führte Jaspers aus (und wandte sich damit zugleich gegen alle »Reeducation«-Konzepte, die bei den Siegermächten in unterschiedlicher Form virulent waren und sich zum Ziele setzten, die Deutschen in der einen oder anderen Weise »umzuerziehen«). »Die Umerziehung ist nicht möglich durch ein Aufzwingen fertigen Wissens und Wertens«, schrieb Jaspers, »sondern nur als Verwandlung durch Selbsterziehung... Unser brennender Eifer geht auf die Wiederherstellung und Reinigung unserer Seele durch unsere eigene Erziehung¹³.«

Etwa zur selben Zeit wie Karl Jaspers in Heidelberg seine Vorlesung zur »Schuldfrage« hielt, d. h. am Jahreswechsel 1945/46, veröffentlichte Ricarda Huch in Jena eine Neujahrsbetrachtung. Entschieden trat sie der unter den Deutschen aufkommenden Tendenz zu Selbst-

Literaturarchiv Marbach, NL Jaspers; Bundesarchiv Koblenz, NL Spranger; Archiv Dr. Brigitte Weyl, Konstanz).

⁹ Vgl. »Deutsche Anklage«, a. a. O., S. 1.

¹⁰ JASPERS, Karl: Die Schuldfrage, Heidelberg 1946; zit. n. JASPERS, Karl: Erneuerung der Universität. Reden und Schriften 1945/46, hg. v. Renato de Rosa, Heidelberg 1986, S. 211.

¹¹ JASPERS, Karl: Antwort an Sigrid Undset, in: Neue Zeitung, München Oktober 1945; ; zit. n. JASPERS, Karl: Lebensfragen der deutschen Politik, München 1963, S. 115.

¹² UNDET, Sigrid: Die Umerziehung der Deutschen, Oktober 1945; auch im Anhang der 1947 im Südv Verlag erschienenen Broschüre JASPERS, Karl: Die Antwort an Sigrid Undset, Konstanz 1947.

¹³ JASPERS, Karl: Antwort an Sigrid Undset, a. a. O., S. 120.

mitleid und Larmoyanz entgegen. »Die Schuld ist in den vergangenen Jahren angehäuft, ihre Folgen werden im gegenwärtigen Augenblick erlitten. Das macht uns geneigt, über unseren Leiden unsere Schuld zu vergessen«, schrieb Ricarda Huch. »Wir müssen sie aber vor uns hinstellen, wie sie einem Außenstehenden erscheinen muß und wie sie sich auch tatsächlich ausgewirkt hat.« Die Deutschen hätten Menschen zur Regierung kommen lassen, denen man hätte mißtrauen müssen. Sie hätten Gewalttaten geschehen sehen, die ihnen Grauen hätten einflößen müssen. »Wenn wir sagen, eine Räuberbande habe uns überfallen, uns vergewaltigt und uns gezwungen, ihre Untaten mitzutun, so wird man lachen: Können viele Millionen sich nicht einer Räuberbande erwehren¹⁴?«

Johannes Weyl und Fritz Harzendorf maßten der Verurteilung der Hauptschuldigen, die das deutsche Volk in die Katastrophe geführt hatten, eine wichtige Funktion in dem angestrebten Prozeß der »Selbstreinigung« zu. Im Grunde hätte das nationalsozialistische Gewaltregime sich eines fortgesetzten Verfassungsbruches schuldig gemacht, schrieb Harzendorf. Verfassungsbruch aber sei Hochverrat an der Souveränität des Volkes. »Wie die Engländer einen Karl I. und die Franzosen einen Ludwig XVI. vor ihr Volkstribunal gezogen und aufs Schafott geschickt haben, weil sie gewagt hatten, die Freiheit ihrer Völker anzutasten, so ist es heute die unerläßliche Pflicht der Deutschen, als Voraussetzung eines demokratischen Neuaufbaues ihrer Volkssouveränität die nationalsozialistischen Hochverräter vor ihr Tribunal zu ziehen und sie zumindest unter moralische Anklage zu stellen,« heißt es in der »Deutschen Anklage«. »Das Beispiel der Engländer und Franzosen gibt uns dabei die Hoffnung, daß aus solcher Selbstreinigung eine dauerhafte Erneuerung im Geiste einer echten Demokratie hervorgehen werde.« Die Verurteilung der Hauptschuldigen in einem öffentlichen Tribunal auf der Basis deutschen Rechtes erschien Weyl und Harzendorf als eine wichtige Voraussetzung dafür, daß bei der im nächsten Schritt zu vertiefenden »Entnazifizierung« von Staat und Gesellschaft die minder Schuldigen und die Mitläufer in differenzierter Weise behandelt werden konnten.

Wenn man heute die Dokumente liest, die die Initiatoren der »Deutschen Anklage« und auch diejenigen, die diese Initiative mit trugen, Ende 1945/Anfang 1946 zur Frage der Schuld der Deutschen, zur Frage der Selbstreinigung und des demokratischen Neuanfangs veröffentlichten, dann ist man überrascht von der Entschiedenheit und der Klarheit, mit der diese Männer und Frauen der ersten Stunde eine Abrechnung mit dem NS-Regime in Gang zu setzen versuchten, und zugleich von der Differenziertheit, mit der sie an die Frage der »Entnazifizierung« herangingen.

Die Dokumente widerlegen schlagend die nach 1968 aufgebrachte Legende, erst die Generation der Achtundsechziger habe eine gründliche Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit angestrebt. Vorher habe es nur Verdrängung, Verschleierung und Selbstrechtfertigung gegeben. Die Sache ist viel komplizierter. Karl Jaspers, Ricarda Huch, Theodor Heuß, Johannes Weyl und andere verfolgten nach 1945 ein Konzept gründlicher »Selbstreinigung«. Die Achtundsechziger haben niemals die moralische, geschweige denn die existentielle Dimension des Problems erfaßt. Ihnen ging es um die Untersuchung »gesellschaftlicher Bedingungen«, um die Enthüllung der Verbrechen des Großkapitals und seiner Handlanger. Erst seit den Diskussionen über die Mittäterschaft der gewöhnlichen Deutschen am Holocaust, die Goldhagen und andere in Gang setzten, ist der Blick wieder auf andere Dimensionen des Problems gerichtet worden. Und man erkennt, daß die Männer und Frauen der ersten Stunde vielleicht einen fruchtbareren Weg zur Lösung des deut-

14 HUCH, Ricarda: Neujahrsbetrachtung 1945/46; zit. n. HUCH, Ricarda: In einem Gedenkbuch zu sammeln... Bilder deutscher Widerstandskämpfer, hg. v. Wolfgang M. Schwiedrzik, Leipzig 1997, S. 242–243.

schen Problems im Auge hatten als die Achtundsechziger, die sich eher an den »Reeducation«-Konzepten der Alliierten orientieren als an dem Konzept der »Selbstreinigung«, das völlig außerhalb ihres Blickfeldes liegt.

Johannes Weyl und Fritz Harzendorf scheiterten mit ihrer Initiative einer »Deutsche Anklage«. Vier Wochen nach Erscheinen des ersten Artikels, dem weitere, geschriebene und noch nicht geschriebene Beiträge folgen sollten, wurde Johannes Weyl als Herausgeber des SÜDKURIER von der französischen Besatzungsmacht abgesetzt. Ebenso die Redaktion um Fritz Harzendorf. Die Zeitung SÜDKURIER blieb bestehen, aber Herausbergremium und Redaktion wurden neu zusammengesetzt: aus je einem Vertreter der politischen Parteien: der Kommunisten, der Sozialdemokraten, der Badischen Christlich-Sozialen Volkspartei (BCSV), später auch der Liberalen.

»Ich beklage mit Ihnen die Metamorphose des Südkurier. Es ist ein schlimmes Symptom,« schrieb Karl Jaspers am 13. März 1946 an Johannes Weyl. »Wir können also keine ›Times‹ ertragen; d. h. eine parteilose, eigenverantwortliche, positiv die Regierung stützende, aber kritisch stützende Zeitung mit einer eigenen geistigen Überlieferung¹⁵?« Das Projekt einer »Deutschen Anklage« wurde von den Parteienvertretern nicht fortgeführt. Die schon geschriebenen Artikel (von Karl Jaspers¹⁶, Theodor Heuß¹⁷ und Eduard Spranger¹⁸) blieben zunächst ungedruckt, sie sind an verstreuten Stellen veröffentlicht, ihr Zusammenhang mit der Konstanzer Initiative einer »Deutschen Anklage« oft nicht mehr bekannt.

Französische Besatzungspolitik

Handelt es sich bei dem Ende der »Deutschen Anklage« nun um einen Willkürakt der Besatzungsmacht? Ist es ein Beispiel für die Unduldsamkeit und Enge französischer Besatzungspolitik? War es den Franzosen Anfang 1946 nicht möglich, eine solche selbständige Initiative von deutscher Seite zu ertragen?

Als Johannes Weyl 1970 anlässlich des 25jährigen Bestehens des SÜDKURIER nach den Anfängen der Zeitung gefragt wurde, sagte er: »Der SÜDKURIER entstand, weil ich damals Lust hatte, eine freie deutsche Zeitung zu machen. Ich war als Landsr aus dem Krieg gekommen und ziemlich zufällig in Konstanz gelandet¹⁹.« Der SÜDKURIER war unter seiner Leitung inzwischen zur führenden Zeitung im ganzen Bodensee-Gebiet aufgestiegen. »Damals war es ein ungeheures geistig-politisches Vergnügen, eine wirkliche innere Freude, nach der Nazizeit eine freie Zeitung machen zu können. Das ist etwas, was heutige Zeitungsmacher kaum mehr nachempfinden können, weil sie ja die Freiheit gewöhnt sind.« Was dem erfolgreichen Verleger 1970 im verklärenden Licht der Erinnerung als ganz einfach und im Jargon der Siebziger Jahre als individuelle »Lust« und »Vergnügen« erschien,

15 JASPERS, Karl: Brief an Johannes Weyl vom 13. 3. 1946; Deutsches Literaturarchiv Marbach (DLA), NL Jaspers, Sign. 75.9588, und Archiv Dr. Brigitte Weyl, Konstanz.

16 JASPERS, Karl: Die Wissenschaft im Hitlerstaat; zuerst gedruckt in: JASPERS, Karl: Die Antwort an Sigrid Undset, Konstanz 1947. Auch in: JASPERS, Karl: Lebensfragen der deutschen Politik, a. a. O., S. 121–125.

17 HEUSS, Theodor: Verbrechen an der Jugend; zuerst gedruckt in: SÜDKURIER, Konstanz, 22. 5. 1950. Vgl. auch HEUSS, Theodor: Aufzeichnungen 1945–1947, Tübingen 1966.

18 SPRANGER, Eduard: Verstrickung und Ausweg. Ein Wort über die Jugend. Zuerst gedruckt in: Der Tagesspiegel, 2. Jg., Nr. 228, Berlin 29. 9. 1946; als Broschüre 1947 im Südverlag Konstanz. Auch in: SPRANGER, Eduard: Gesammelte Schriften, Bd. VIII, Staat, Recht und Politik, hg. von H. J. Meyer, Tübingen 1970, S. 268–276. Im Anhang Nachweis zweier Varianten des Textes, a. a. O., S. 440–441.

19 STIEGELE, Peter: Interview mit Johannes Weyl, in: »Zeitungsstart«, SDR-Abendschau vom 17. 9. 1970; SWR: TV-Archiv, Stuttgart, Archivnummer 7011155 SDR.

war 1945/46 keineswegs so klar und auch nicht immer vergnüglich. Daß er keine fünf Monate nach Gründung des SÜDKURIER als Herausgeber abgesetzt, seine Redaktion entlassen wurde, erwähnte er mit keinem Wort.

Im Allgemeinen hat sich im Südwesten Deutschlands ein relativ negatives Bild der französischen Besatzungszeit – verglichen mit der Entwicklung in der amerikanischen oder englischen Zone – erhalten²⁰. Frankreich, durch seine Niederlage gedemütigt und jahrelang der deutschen Besatzung ausgeliefert, war erst spät in den Kreis der Alliierten aufgenommen worden, legte aber um so größeren Wert darauf, als Siegermacht angesehen zu werden. »Die Überquerung des Rheins mit amerikanischen Pontonbrücken und Booten zeigte anschaulich die Abhängigkeit der Ersten Französischen Armee von der Logistik der westlichen Alliierten,« schreibt Jürgen Klöckler in seinem jüngst erschienenen Buch über die Besetzung und die Pläne zur Neugliederung Südwestdeutschlands²¹. »Fast die komplette Ausrüstung der Franzosen war in den USA produziert worden, finanziert mit Geldern aus dem Land-Lease-Programm«. Die Zerstörung des Schwarzwaldstädtchens Freudenstadt, die danach vorgekommenen Plünderungen, wilden Hinrichtungen und Vergewaltigungen wurden für die Bevölkerung in Südwestdeutschland zum Symbol nicht nur für die Sinnlosigkeit des deutschen Widerstandes, sondern auch für das rigorose und ungezügeltere Vorgehen der französischen Angreifer. Die in großer Eile ab 1944 zusammengestellten französischen Verbände waren nicht nur schlecht ausgebildet, sondern zum Teil auch disziplinos.

Nach Auffassung General Jean de Lattre de Tassignys, des Oberbefehlshabers der Ersten Französischen Armee, konnte man den Deutschen nur mit Strenge begegnen. Nur hartes Auftreten würde Eindruck auf die autoritätshörige deutsche Bevölkerung machen. Darum trat er auch dafür ein, Übergriffe der eigenen Truppe hart zu bestrafen. »Die Pflicht deutscher Zivilisten, Automobile französischer Offiziere zu grüßen, selbst wenn diese nur mit dem Fahrer besetzt waren, oder den Hut vor den Vertretern der Besatzungsmacht und vor der Trikolore an Amtsgebäuden zu ziehen, waren die praktischen Umsetzungsversuche des französischen Autoritäts- und Prestigedenkens,« schreibt Jürgen Klöckler. »Diese symbolischen Zwänge gruben sich tief in das kollektive Gedächtnis der Deutschen ein und prägten das Bild von den dunklen Jahren der ›Franzosenzeit‹²².«

Auch in Konstanz fanden die von General Jean de Lattre de Tassigny wiederholt inszenierten pompösen Militärparaden statt, die den Zweck hatten, der deutschen Bevölkerung Respekt vor der französischen Armee einzuflößen. Auch in Konstanz war es vereinzelt zu Übergriffen gekommen. Und die martialische Art, in der General de Lattre Mitte Mai 1945 auf die Beschädigung einiger französischer Plakate reagiert hatte – er drohte damit, einen ganzen Stadtteil niederbrennen zu lassen –, war nicht dazu angetan, die Bevölkerung für ihre Befreier einzunehmen²³. Und dennoch traf Johannes Weyl mit seinem Plan, in Konstanz eine »freie deutsche Zeitung« zu gründen, insgesamt auf ausgesprochen günstige Bedingungen.

Konstanz war kampfflos an die Franzosen übergeben worden und daher unzerstört. Die Nähe der Schweizer Grenze und der grenzüberschreitende Zusammenhalt alemannischer

20 KLÖCKLER, Jürgen: Abendland – Alpenland – Alemannen. Frankreich und die Neugliederungsdiskussion in Südwestdeutschland 1945–1947. Studien zur Zeitgeschichte, hg. v. Institut für Zeitgeschichte, München 1998. Vgl. auch SCHÖLZEL, Stephan: Die Pressepolitik in der französischen Besatzungszone 1945–1949, Mainz 1986; SCHARF, Claus und SCHRÖDER, Hans-Jürgen (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1983; BOSCH, Manfred: Der Neubeginn. Aus deutscher Nachkriegszeit, Südbaden 1945–1950, Konstanz 1988; WILLIS, Frank Roy: The French in Germany 1945–1949, Stanford 1962.

21 KLÖCKLER, Jürgen: Abendland – Alpenland – Alemannen, a. a. O., S. 27.

22 KLÖCKLER, Jürgen: Abendland – Alpenland – Alemannen, a. a. O., S. 30.

23 Vgl. BURCHARDT, Lothar: Konstanz zwischen Kriegsende und Universitätsgründung, Konstanz 1996.

Denkungsart hatten es möglich gemacht, daß die letzten Reste deutscher Truppen, die zur Verteidigung der Stadt aufgeboten worden waren, über die Schweizer Grenze ausweichen konnten und dort entwaffnet wurden, als die Franzosen am 26. April 1945 in Konstanz einmarschierten. Eine Rotationsmaschine, auf der die »Bodensee-Rundschau«, das Organ der Nationalsozialisten, gedruckt worden war, war in den letzten Kriegstagen durch das couragierte Auftreten des Hausmeisters und einiger Drucker vor der von der SS angeordneten Sprengung bewahrt worden. Der günstigste Umstand für die Gründung des SÜDKURIER aber lag in den improvisierten, uneinheitlichen, fast chaotischen Zuständen beim Aufbau der französischen Militärregierung und regionalen Besatzungsverwaltung. Dieser Zustand bedingte nämlich – zumindest in den ersten Monaten –, daß die örtlichen Kräfte der französischen Verwaltung über ein hohes Maß an Entscheidungsgewalt verfügten²⁴.

Georges Ferber und Johannes Weyl

Und hier nun ist ein Mann zu nennen, der beim Aufbau des SÜDKURIER eine entscheidende Rolle spielte: Georges Ferber, der Offizier für Presse und Kultur, der Ende April 1945 zusammen mit einer bunt zusammengesetzten Schar von kurzfristig angelernten Kräften in Konstanz eingerückt war. Johannes Weyl selbst hat das Zusammentreffen mit Georges Ferber stets als einen besonderen Glücksfall bezeichnet und von einer frühen Sternstunde europäischer Verständigung gesprochen. »Ich suchte Verbindung zu der französischen Militärregierung und fand in dem Kulturoffizier dort einen jungen Elsässer, Georges Ferber, einen sehr aufgeschlossenen Mann, mit dem ich mich über Zeitungsfragen, über Politik, über das, was im Nachkrieg vielleicht zu geschehen habe, sehr gut verstand.«

Georges Ferber, damals knapp 30 Jahre alt, lebt heute, 84jährig als Pensionär in Zabern (Saverne) im Elsaß. Er ist einer der letzten noch lebenden Zeitzeugen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit in Konstanz. »Wie Sie wissen, wurde den Franzosen erst ziemlich spät eine Besatzungszone in Deutschland gesichert. Das war Ende 1944. Aber welches genau die Besatzungszone sein würde, das wußte niemand. Jedenfalls begann dann der Aufbau einer Verwaltung. Es wurde gebeten, man möge sich doch melden, wenn es einen interessierte. Voraussetzung war eine gewisse Kenntnis der deutschen Sprache. Dann habe ich mich gemeldet. Das hat mich interessiert, ich hatte endlich die Gelegenheit, Deutschland unmittelbar kennenzulernen²⁵.«

Georges Ferber war von 1936 bis 1939 Lehrer für Klassische Philologie an einem Elsässischen Gymnasium gewesen. Er hatte als französischer Soldat gegen die deutsche Invasion gekämpft, war am 20. Juni 1940 gefangen genommen worden, hatte aber das Angebot, bei Übernahme der deutschen Staatsbürgerschaft sofort freigelassen zu werden, abgelehnt. Sein Großvater hatte zwischen 1870 und 1940 mehrfach die Staatsangehörigkeit wechseln müssen: erst französisch, dann deutsch, dann wieder französisch, dann wieder deutsch. Das wollte er vermeiden. Etwas später wurde er dennoch – in das besetzte Frankreich – entlassen und studierte während des Krieges Germanistik, denn er fühlte sich Deutschland und der deutschen Kultur verbunden.

Bereits in den ersten Gesprächen im Juni 1945, als Johannes Weyl sich bei ihm um eine Zeitungslizenz bewarb, wurde Ferber das Gemeinsame ihrer Auffassungen deutlich. »Er hat mir imponiert. Aber wir hatten ja alle Macht. Der Mann hat gesprochen wie ein freier Mensch. Was er mir da anbot oder was er mir angab als sein Programm für eine Presse oder für das Verlagswesen, das entsprach genau dem, was ich mir selbst vorstellte.« Johannes

24 Vgl. VAILLANT, Jérôme(Hrsg.): Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949, Konstanz 1984.

25 Interview des Autors mit Prof. G. Ferber in Zabern (Saverne) am 22. 5. 1998.

Weyl hatte mehrere Papiere ausgearbeitet, in denen er seine Vorstellungen vom Aufbau einer freien deutschen Zeitung in Konstanz entwickelt hatte²⁶. Weyl unterstrich darin, daß »die Niederlage mit allen ihren Folgen der Preis sei, den Deutschland für die Befreiung vom Nationalsozialismus zu zahlen« habe²⁷. Die ressentimentfreie Bejahung der gegebenen Verhältnisse sei die Voraussetzung für jede gedeihliche Weiterentwicklung.

›Aufbau von innen‹

Johannes Weyl begrüßte die Befreiung Deutschlands durch die Alliierten, wie dies auch Karl Jaspers, Ricarda Huch und andere Mitarbeiter bei dem Projekt der »Deutschen Anklage« taten. Er begrüßte die Befreiung wie man einen chirurgischen Eingriff gutheißt, wenn der Körper eine Entzündung, eine Wucherung oder eine andere Krankheit nicht mehr aus eigener Kraft zu bewältigen vermag. Aber er wußte, daß Heilung sich nicht in der Operation erschöpft, sondern nur dann erfolgreich ist, wenn man die inneren Kräfte soweit stärkt, daß nach vollzogener Operation ein Selbstheilungsprozeß des Körpers in Gang kommt. Darum sprach Johannes Weyl programmatisch vom »Aufbau von innen« und gab auch dem ersten Leitartikel, den er im SÜDKURIER veröffentlichte, diesen Titel²⁸, womit er sich implizit vom Konzept einer von außen kommenden »Umerziehung« der Deutschen abgrenzte.

Georges Ferber unterstützte eben diese Auffassung von den Aufgaben, die vor ihnen standen. »Das Wort ›rééducation‹, ich fand das etwas unangebracht, durchaus nicht angebracht. Wenn man den Deutschen die Möglichkeit geben wollte, eine Demokratie aufzubauen, dann war das einzige und das beste Mittel, ihnen so viel Freiheit wie möglich zu geben. Die Deutschen haben doch eine solche Tradition in ihrem Land, das vergißt man nach 10 Jahren Nazitum. Die haben ein Kapital zu verwerten. Das muß man ihnen nur wieder zur Verfügung stellen. Sie sollen ihr eigenes Kapital auswerten. So ungefähr. ›Rééducation‹: Umerziehung? Nein! Ich habe niemals die Vorstellung gehabt, man müsse die Leute umerziehen. Man mußte ihnen die Möglichkeit geben, sich selber zu reinigen und zu den eigenen guten Traditionen zurückzufinden: ›Aufbau von innen‹.«

Damit befand sich Georges Ferber in deutlichem Widerspruch zu Auffassungen, wie sie z. B. von General Schmittlein²⁹ und anderen in der Zentrale der französischen Militärregierung in Baden-Baden vertreten wurden. Aber diese Widersprüche wurden nicht offen ausgetragen. Noch gab es für die Leute auf den unteren Rängen wie Georges Ferber in Konstanz einen relativ großen Entscheidungsspielraum. Entgegen aller französischen Tradition wurde die Besatzungsverwaltung nicht pyramidal von oben nach unten, sondern – aus Not – von unten nach oben aufgebaut. »Diese Überheblichkeit, die wirklich da war bei vielen von den Alliierten, insbesondere bei den Persönlichkeiten, die ich vorher erwähnt habe, bei uns und auch bei den Amerikanern, die Überheblichkeit: die Gerechten, das sind wir. Wir wollen ihnen zeigen, wie man das tut – Diese Vorstellung war mir so fremd. Wir sind auch nicht gerechter als andere. Nur, es ist da so eine Menge von schrecklicher Vergangenheit zu bewältigen in Deutschland und anderswo, aber besonders nach dem Kriege, das muß man den Deutschen überlassen. Man kann ihnen nicht diktieren, was sie zu tun haben.«

26 WEYL, Johannes: Zur Frage – Konstanzer Zeitung, Konstanz 11. 5. 1945; WEYL, Johannes: Brief an den Landeskommisär Dr. Nordmann, Konstanz, vom 1. 7. 1945 (beide: Archiv Dr. Brigitte Weyl)

27 WEYL, Johannes: Bemerkungen zur deutschen Presse, Denkschrift für das Gouvernement Militaire de Constance, 22. 8. 1945, S. 2 (Archiv Dr. Brigitte Weyl)

28 WEYL, Johannes: Aufbau von innen, in: SÜDKURIER vom 8. 9. 1945; auch in: WEYL, Johannes: Aus 50 Jahren Zeitungsarbeit, Konstanz 1976, S. 15–21.

29 Vgl. SCHMITTELEIN, Raymond: Die Umerziehung des deutschen Volkes (Bericht vom 27. 1. 1948), in: VAILLANT, Jérôme: Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949, S. 161–185.

Der Konstanzer SÜDKURIER

Nach Rücksprache mit der übergeordneten Behörde in Freiburg im Breisgau, dem Délégué Supérieur Schwartz, setzte Georges Ferber Johannes Weyl Anfang August 1945 über die Erteilung der Lizenz in Kenntnis³⁰. Weyl legte am 20. August einen Organisationsplan für die Zeitung vor. Neben Weyl sollten der Luftschiffbauer Dr. Hugo Eckener³¹ und Dr. Paul Christiani³², der Inhaber eines Technischen Lehrinstituts in Konstanz, in die zu gründende Kommanditgesellschaft eintreten. Später schloß sich ihnen noch der ehemalige Zentrums- und spätere badische Landwirtschaftsminister Carl Diez³³ an.

In die Redaktion berief Johannes Weyl einerseits politisch unbelastete und journalistisch erfahrene Redakteure aus der Konstanzer Gegend, die vor 1933 in demokratischen Presseorganen gewirkt hatten, wie z. B. Dr. Fritz Harzendorf und Friedrich Munding; andererseits zog er Berliner Fachleute hinzu, mit denen er bei Ullstein zusammengearbeitet hatte, wie den späteren Chefredakteur des SÜDKURIER, Alfred Gerigk³⁴, und, als Leiter der Kulturredaktion, den Schriftsteller Ludwig Emanuel Reindl³⁵.

Weyls Konzept war es, eine Zeitung zu schaffen, die zugleich Heimatzeitung für das Bodensee-Gebiet als auch »große Zeitung« sein sollte. Damit hoffte er, die provinzielle Enge und konfessionelle Befangenheit der früher in Konstanz und Umgebung erschienenen Blätter zu überwinden und diese überflüssig zu machen. Dieses neue Konzept, das gewisse Analogien zum Aufbau der überkonfessionellen CDU im Verhältnis zum Vorkriegs-Zentrum aufweist, erwies sich als überaus erfolgreich. Innerhalb kürzester Zeit wurde der SÜDKURIER in Konstanz, dem Bodensee-Gebiet und dem südlichen Schwarzwald zur einflußreichsten und am weitesten verbreiteten Zeitung. Die Auflage stieg Anfang 1946 auf 180 Tausend Exemplare und war in der unmittelbaren Nachkriegszeit mehr durch die Papierknappheit als durch den Mangel an Nachfrage begrenzt. »Geld brauchte man damals nicht, wenn man eine Zeitung gründen wollte«, sagte Weyl. »Man hatte von vornherein alles, was man drucken wollte, verkauft. Die Inserenten zahlten im voraus. Die Zeitungsleser zahlten im voraus. Es bedurfte also keines anderen Betriebskapitals als der Gewerbeerlaubnis, eine Zeitung zu machen.«

Doch die Position Weyls war nicht unbestritten. Ortsansässige Kräfte, die vor dem Verbot durch das NS-Regime regionale, meist parteipolitisch und konfessionell gebundene Zeitungen wie die »Deutsche Bodensee-Zeitung«³⁶ herausgegeben hatten, versuchten, diese wiederzubeleben. So nimmt es nicht wunder, daß gegen den »unbekannten und nichtkatholischen Berliner Ullsteinmann«³⁷ Weyl Stimmung gemacht wurde. Der Hauptangriff aber

30 Vgl. FERBER, Georges: Der Neubeginn der Presse in Konstanz nach dem Zweiten Weltkrieg, in: VAILLANT, Jérôme: a. a. O., S. 71–106. Vgl. auch DIX, Sebastian: SÜDKURIER 1945–1952, Bewegte Anfangsjahre einer Regionalzeitung, Konstanz 1995.

31 Dr. Hugo Eckener (1868–1954). Vgl. ITALIANDER, Rolf: Ein Deutscher namens Eckener. Luftfahrtpionier und Friedenspolitiker, Vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik, Konstanz 1981.

32 Dr. Paul Christiani (1901–1974), Inhaber des Verlages und Technischen Lehrinstituts Dr. Ing. Paul Christiani in Konstanz.

33 Carl Diez (1877–1969), Landwirt, Reichstagsabgeordneter von 1912–1933, 1921 bei der Ermordung Matthias Erzbergers im Schwarzwaldbad Griesbach lebensgefährlich angeschossen, mehrfach in NS-Schutzhaft.

34 Alfred Gerigk (1896–1993), Journalist, ab 1918 bei der »Vossischen Zeitung«, 1924 selbständig mit dem »Redaktionsbüro Gerigk«, 1951–1966 Chefredakteur des SÜDKURIER.

35 Ludwig Emanuel Reindl (1899–1983) kam von der »Magdeburger Zeitung« zur »Vossischen Zeitung« nach Berlin, leitete ab 1934 die Zeitschrift »Dame« im Ullstein-Verlag.

36 Vgl. GEIGGES, Michael: Die Deutsche Bodensee-Zeitung. Versuch einer katholischen Tageszeitung, im Dritten Reich zu überleben, Konstanz 1986.

37 Zit. n. DIX, Sebastian: SÜDKURIER 1945–1952, S. 33.

wurde nicht von »rechts«, von den ehemaligen Zentrumsleuten, sondern von »links«, von der sogenannten ›Antifa‹ unternommen.

Bei der ›Antifa‹ handelte es sich um örtliche und regionale Zusammenschlüsse »antifaschistischer« Kräfte unter kommunistischer und linkssozialdemokratischer Führung, die zum Teil – wie der Konstanzer »Widerstandsblock« – schon während des Dritten Reiches Widerstand geleistet hatten, zum Teil aus der von 1943 bis 1945 in der Schweiz wirkenden Emigranten-Organisation »Freies Deutschland« hervorgegangen waren³⁸. Zunächst unter dem Namen »Freies Deutschland« auftretend, waren sie von den Franzosen (wohl wegen der vermuteten gesamtdeutschen Zielsetzung) verboten worden, machten aber – von der Besatzungsmacht allenfalls geduldet – eine Reihe von Metamorphosen durch und betätigten sich ab Oktober/November 1945 legal als Bewegung »Neues Deutschland«.

Der Streit um die »Entnazifizierung«

Hauptgegenstand der Auseinandersetzungen zwischen SÜDKURIER und ›Antifa‹ war die Frage der »Entnazifizierung«. In einem Leitartikel hatte Chefredakteur Fritz Harzendorf am 28. September 1945 unter dem Titel »Die Reinigung« an die große Zahl derer erinnert, die unter dem NS-Regime nach Ämtern und materiellen Vorteilen gestrebt hatten, und hatte die These vertreten, daß eine Reinigung sich vor allem gegen die Hauptträger und Nutznießer des Regimes richten müsse, während den Opfern eine Wiedergutmachung zu gewähren sei. Die zu ergreifenden Maßnahmen könnten nicht allein der Verantwortung der Militärregierung überlassen bleiben; es handle sich doch auch, und zwar in erster Linie, um eine Sache der Deutschen selber.

Schwierig sei die Entscheidung, z. B. über die Entlassung von Beamten, bei allen sogenannten »Muß-PGs« (Leuten, die zum Teil gegen ihre Überzeugung oder nur formal Mitglied der NSDAP gewesen seien): »Denn hier werden Härten unterlaufen, die tief zu bedauern sind, wenn es sich um wertvolle Menschen handelt, auf deren Mitarbeit für die deutsche Zukunft nicht verzichtet werden kann. Darum muß die Frage nach der Parteizugehörigkeit ergänzt werden durch die Frage nach der charakterlichen Bewährung und dem Persönlichkeitswert. Und damit erst wird das Kriterium gegeben sein, das für die Auswahl derjenigen Beamten und Angestellten entscheidend ist, die am Aufbau einer deutschen Zukunft mitarbeiten sollen und dürfen³⁹.«

Eine solch differenzierte Haltung, die ihrer Zeit weit voraus war, rief heftige Reaktionen, vor allem auf Seiten der Linken, hervor. Zwei führende Leute aus der ›Antifa‹ hatten kurze Zeit später Gelegenheit, sich im SÜDKURIER mit ihrer Kritik zu äußern. Dr. Franz Kirchheimer, Säuberungskommissar beim Landeskommissär in Konstanz, forderte ein unnach-sichtiges Vorgehen gegen alle ehemaligen Mitglieder der NSDAP: »Die Liquidation des Unternehmens darf nicht nur die Fanatiker und Doktrinaire zu Fall bringen, sondern muß auch die große Masse der Mitläufer treffen, die im Falle eines deutschen Sieges würden zu Bü-teln und Henkersknechten bestellt worden sein... Die Kollektivschuld der Partei muß von ihren Mitgliedern beglichen werden. Erwägungen über das künftige Schicksal der von der

38 Vgl. GOGUEL, Rudi: Dokumente des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung um die Aktionseinheit – Sozialdemokraten und Kommunisten – im Bodenseegebiet in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Dokumentation der Zeit, Berlin 1957, Heft 135–137; BERGMANN, Karl Hans: Die Bewegung ›Freies Deutschland‹ in der Schweiz 1943–1945, München 1974; DIX, Sebastian: SÜDKURIER 1945–1952, S. 57–73; FERBER, Georges: Der Neubeginn der Presse in Konstanz ..., Anhang mit Kommentierung Ferbers zur Darstellung Goguels, a. a. O., S. 100–106.

39 SÜDKURIER, 1. Jg., Nr. 7, 28. 9. 1945.

Säuberung betroffenen Parteigenossen sollen die Konsequenz der Durchführung nicht belasten. Gegenwärtig heißt es sühnen⁴⁰!«

Und Rudi Goguel⁴¹, ehemaliger KZ-Häftling, KPD-Funktionär und zu dieser Zeit Referent für Politische Wirtschaftsprüfung bei der Handelskammer in Konstanz, betonte die Notwendigkeit, alle diejenigen, die durch ihre Parteizugehörigkeit in Schlüsselstellungen gelangt seien, zu entfernen, und »ihre wirtschaftliche Vormachtstellung endgültig zu liquidieren⁴²«. »Abrechnen und büßen! Also die Gerechten sollen den Ungerechten mal die Leviten lesen. Ist das wirklich die richtige Politik?« fragte sich Georges Ferber. »Wer den Nazis näherstand, der sollte büßen! Das haben wir in Frankreich auch erlebt. Da werden persönliche Sachen geregelt. Den schießt man erstmal zusammen, weil man ihn nicht mag. Da gab es Exekutionen, persönliche Racheakte. Das hat es in Frankreich gegeben.« Ferber wollte solche Übergriffe in Deutschland vermeiden. Er war dagegen, daß man Leute ohne gerichtliche Verfahren verfolgte.

Johannes Weyl hatte kurz zuvor in einem Leitartikel die Notwendigkeit der »Reinigung« noch einmal unterstrichen⁴³ und dabei die Aufgabe einer unabhängigen Presse, die manchen Leuten unbequem sei, betont. An ein »Schwamm drüber« sei nicht zu denken, man dürfe aber »das Maß nicht verlieren«. Die Reinigung solle »ohne Rachsucht – nur mit Vernunft geschehen«.

Hugo Eckener, einer der Mitgesellschafter des SÜDKURIER, wies in einem »Offenen Brief«, der am 19. Oktober 1945 veröffentlicht wurde⁴⁴, die Äußerungen des linken Säuberungskommissars Kirchheimer scharf zurück. »Wir haben lange genug Haßgesänge singen hören und wünschen, daß nun auch einmal wieder Aufforderungen zur Versöhnlichkeit und menschenfreundlicher Gesinnung in unser Ohr klingen möchten. Aber wir meinen, daß die, welche jetzt so gesinnungstüchtig die Verfolgung aller Parteigenossen predigen, selbst von nationalsozialistischem Geiste mit angesteckt sind, von jenem Geiste, den Hitler mit den Worten kennzeichnete: ›Man muß den Massen etwas zu hassen geben.« Alle Exponenten eines nazistischen Geistes müßten verschwinden, vielleicht auch alle, die eine höhere Charge, etwa vom Ortsgruppenleiter an aufwärts, bekleideten. Im übrigen solle man die Leuten mit dem einfachen Parteiabzeichen in Ruhe lassen und ihr braunes Hemd mit dem Mantel der christlichen Liebe zudecken.

Nun erhob sich ein Sturm der Entrüstung von Seiten der Linken. Die ›Antifa‹ bezeichnete aufgebracht den SÜDKURIER als einen Hort heimlicher Nazisympathisanten, zumal Herausgeber und Redaktion sich demonstrativ auf die Seite Dr. Eckeners gestellt hatten. In einer redaktionellen Anmerkung zu dessen »Offenem Brief« hatten diese in derselben Nummer des SÜDKURIER geschrieben: »Man hätte erwarten müssen, daß von einer amtlichen Stelle nicht mit negativer Leidenschaft, sondern mit Sachlichkeit die erforderliche Klarheit geschaffen wird. Es besteht kein Zweifel darüber, daß eine Säuberung unerlässlich ist. Was jedoch Herrn Dr. Kirchheimer vorzuschweben scheint, ist nicht Demokratie, sondern diktatorischer Geist und beruht auf einer terroristischen Einstellung, die den Methoden des Dritten Reiches gleich steht.«

40 SÜDKURIER; 1. Jg., Nr. 13, 16. 10. 1945.

41 Rudi Goguel (1908–1976) auf Grund seiner KPD-Mitgliedschaft 10 Jahre in KZ-Haft (wo er die Melodie des Liedes von den ›Moorsoldaten‹ verfaßte); einer der wenigen Überlebenden des von den Alliierten in der Ostsee versenkten Flüchtlings Schiffes ›Cap Arcona‹; in Konstanz zunächst Referent der politischen Wirtschaftsprüfung der Handelskammer; ging später in die DDR.

42 Zit. n. FERBER, a. a. O., S. 87.

43 WEYL, Johannes: Das Ungewohnte, in: SÜDKURIER, 1. Jg., Nr. 12, 12. 10. 1945.

44 SÜDKURIER, 1. Jg., Nr. 14, 19. 10. 1945.

Eine Flut empörter Leserbriefe erreichte den SÜDKURIER. Aber es gab auch viele zustimmende Stellungnahmen. Und von heute her betrachtet kann man vielleicht sagen, daß sich in dieser öffentlich ausgetragenen Kontroverse erste Elemente demokratischer Verhältnisse im Nachkriegsdeutschland zeigten.

Sehr bedrohlich für die Unabhängigkeit des SÜDKURIER aber war ein Brief, den ein Präsidiumsmitglied der »Antifa«, Dr. Robert Winzer, am 20. Oktober 1945 an den Sicherheitsoffizier der französischen Militärregierung in Konstanz, Capitaine Pelletier, richtete⁴⁵. Eckeners Brief sei geeignet, die öffentliche Sicherheit und die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden«, schrieb Winzer. Eckener sei bekannt dafür, daß er »den Angriffskrieg der Nazis befürwortet« habe. Im übrigen stehe es einer deutschen Zeitung gar nicht zu, »eine Diskussion über amtlich verfügte Maßnahmen der Militärregierung« zu führen.

Pelletier leitete diese Denunziation, die Winzer mit Bedacht nicht an Georges Ferber gesandt hatte, an den Zensuroffizier Ehrhard weiter. Die Angelegenheit wurde auch in Baden-Baden und in Paris bekannt. Man führte Untersuchungen durch, mit dem Ergebnis, daß sowohl der Französische Oberkommandierende in Deutschland als auch der Konstanzer Zensuroffizier aus Paris einen Verweis erhielten. Von einem Durchgreifen beim SÜDKURIER sah man zunächst aber noch ab.

Die Parteien

Die Unabhängigkeit des SÜDKURIER war den Genossen der »Antifa« seit langem ein Dorn im Auge. Schließlich war die von einer Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten am 1. Mai 1945 in Singen herausgebrachte Zeitung »Freies Deutschland« von den Franzosen sofort verboten worden, die vom »Überlinger Antinazikomitee« am 1. Juni 1945 herausgegebenen »Überlinger Nachrichten« ebenfalls. Im Gegensatz zu der in der amerikanischen und britischen Besatzungszone geübten Praxis hatten die Franzosen in ihrer Besatzungszone den neu entstehenden Parteien keine eigenen Presseorgane zugestanden. Alle Parteien, nicht nur die Kommunisten, sahen deshalb mit begehrliehen Blicken auf den unabhängigen SÜDKURIER, der als einziger im Bodensee-Gebiet eine Lizenz erhalten hatte.

Der Druck auf den SÜDKURIER nahm zu. Rudi Goguel und Genossen forderten, daß Verwaltung, Redaktion und technischer Betrieb der Zeitung sich »einer Reinigung hinsichtlich ehemaliger Mitglieder der NSDAP und sonst belasteter Elemente zu unterziehen haben« (wohl wissend, daß es solche zumindest im Herausberggremium und in der Redaktion gar nicht gab); vor allem wurde die Forderung erhoben, daß sich die Redaktion künftig »paritätisch aus den drei bis vier politischen Richtungen, auf welchen der Widerstandsblock basiert, zusammensetzen« müsse⁴⁶.

»Es gab politische Parteien, die wurden dann nach und nach erlaubt: Sozialdemokraten, Kommunisten, Christdemokraten, usw.« erinnert sich Georges Ferber. »Und diese Parteien, die wollten auch jetzt als Parteien, Presseorgane oder wenigstens eine, ihre Stimme in der Presse haben, solange es noch keine Organe gab. Das war auch der Fall im SÜDKURIER. Sie konnten sich im SÜDKURIER äußern.« Johannes Weyl suchte Schutz nicht nur bei dem ihm wohlgesonnenen Presseoffizier Georges Ferber in Konstanz, sondern auch bei Emile Loutre, dem Chef der Presse-Abteilung in Baden-Baden. Der zeigte sich, als Weyl zu

⁴⁵ Zit. n. DIX, Sebastian, a. a. O., S. 65–66.

⁴⁶ Bericht über die Besprechung im Redaktionsbüro des Südkuriers am 2. 11. 1945; zit. n. DIX, Sebastian, a. a. O., S. 66.

einer Unterredung mit ihm anreiste, beeindruckt und versprach Unterstützung. Weyl glaubte sich stark genug, in einem Artikel die Angriffe der ›Antifa‹ zurückweisen zu können. Auch der organisierteste Antifaschismus garantiere weder Talent noch Charakter, schrieb er. »Wenn unter der Flagge einer sonst nützlichen und vielleicht notwendigen Gruppierung, nett von ein bißchen Denunziationsparfüm umwölkt, äußerst privatwirtschaftlich orientierte Herren einen geschäftlichen Coup landen wollten – dann unterschätzten sie uns allerdings. Wir sind unabhängig und werden das bleiben⁴⁷.«

Der mit »Enfant terrible« überschriebene Artikel löste eine Flut von Leserbriefen aus, äußerst positiven und zustimmenden bis scharf ablehnenden. Für diejenigen, die sich durch den Artikel getroffen fühlten, war er der letzte Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Der SÜDKURIER wurde zum Gegenstand einer wütenden Kampagne, vor allem von Seiten der ›Antifa‹. »Sie verstanden es, sich an hohen und höchsten Stellen Gehör zu verschaffen«, schrieb Georges Ferber später über diese Vorgänge, »wobei sie zusätzlich durch eine Reihe von alle aus derselben Quelle gespeisten Artikeln der Pariser Presse unterstützt wurden. Darin wurden die Verantwortlichen und einige gelegentliche Mitarbeiter des SÜDKURIER beschuldigt, sie hätten sich unter dem Naziregime durch ihre Mitarbeit kompromittiert. Der SÜDKURIER wurde als eine ultra-reaktionäre Brutstätte dargestellt, die systematisch die Linke (also das ›Antifa-Komitee‹) nicht zu Wort kommen lasse⁴⁸.«

Das war eine Verleumdung. Rudi Goguel, Franz Kirchheimer und andere hatten im SÜDKURIER schreiben dürfen. Aber sie wollten die ganze Macht über die Zeitung. Und das schien ihnen nun durchsetzbar, als in Paris im Oktober 1945 die Kommunisten in eine Volksfrontregierung eintraten und sich damit auch die Kräfteverhältnisse bei der französischen Militärregierung in Deutschland zu ihren Gunsten verschoben. In Konstanz wurde der bisherige Beauftragte der Militärregierung für den Kreis Konstanz, François d'Alauzier, durch den Kommunisten Marcel Degliame abgelöst. »Sie konnten sich im SÜDKURIER äußern«, unterstreicht Ferber. »Aber als dann die Kommunisten an die Regierung kamen, da schien das nicht genug. Da sollten die Zeitungen nur noch von politischen Kollektiven, bestehend aus Vertretern der verschiedenen Parteien, geleitet werden. Und Johannes Weyl, der konnte das nicht, der hat denen angeblich nicht genug Platz gegeben, den verschiedenen Tendenzen. Also der mußte weg! So ungefähr sah das aus.«

Nur wenige Wochen konnten sich Johannes Weyl und seine Mitherausgeber und Redakteure noch halten. Sie machten eine hervorragende, auch überregional beachtete Zeitung. Sie veröffentlichten – als eine der ersten in Deutschland – eine Artikelserie über den Aufstieg des Nationalsozialismus⁴⁹, sie berichteten über den deutschen Widerstand gegen das Hitler-Regime⁵⁰ und organisierten einen Hilfsfond für die Opfer des 20. Juli⁵¹, sie veröffentlichten die »Deutsche Anklage«. Vier Wochen nach Erscheinen dieser »Deutschen Anklage«, am 30. Januar 1946, wurde Johannes Weyl und seinen Mitarbeitern der Befehl über den

47 WEYL, Johannes: »Enfant terrible«, in: SÜDKURIER, 1. Jg., Nr. 29, 11. 12. 1945.

48 FERBER, Georges, a. a. O., S. 94–95.

49 HARZENDORF, Fritz: So kam es. Der deutsche Irrweg von Bismarck bis Hitler, Südverlag Konstanz 1946.

50 Der 20. Juli 1944. Beiträge zur Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung. Mit einem Nachwort von Dr. Fritz Harzendorf. Schriftenreihe des Südkurier, Nr. 1, Konstanz 1945.

Diese Broschüre wurde in einer Gesamtauflage von 400 000 Ex. gedruckt. Der Ertrag aus dem Verkauf der Broschüre ging an den »Hilfsfonds für die Hinterbliebenen der Männer des 20. Juli«.

51 Vgl. den Artikel »Handeln! Nicht reden. Der Hilfsfond des Südkurier für die Hinterbliebenen der Männer des 20. Juli«, SÜDKURIER, 1. Jg., Nr. 44, 1. 2. 1946. Die Leitung des Hilfsfonds übernahm Annedore Leber, die Witwe Julius Lebers.

Entzug der Lizenz für den SÜDKURIER und die Auflösung des Verlages mitgeteilt⁵². »Also der mußte weg! So ungefähr sah das aus. Und es wurde dann ein Kollektiv gebildet, mit einem Kommunisten, einem Sozialdemokraten, einem Christdemokraten und einem Liberalen.« So Ferber heute. Die Parteien durften sich die Beute – auf Geheiß der Militärregierung – teilen. Die mit der »Deutschen Anklage« begonnenen Versuche der »Selbstreinigung« wurden nicht fortgeführt.

Anschrift des Verfassers:

Wolfgang Matthias Schwiedrzik, Carl-Beck-Str. 29, D-69151 Neckargemünd

Eine gekürzte Fassung dieses Manuskriptes sendete der Deutschlandfunk in Köln am 18. Mai 1999 in seiner Reihe »Politisches Feature«.

52 Die Mitteilung erging zunächst mündlich. Am 7. 2. 1946 erhielt Weyl ein Schreiben von Degliame, in dem – ohne Begründung – verfügt wurde:

»I. Änderung der Betriebsgesellschaft: Die bestehende Gesellschaft »Südkurierverlag« wird aufgelöst. . . Der Betrieb der Zeitung wird aufgenommen werden durch eine Gesellschaft, in der zusammenarbeiten und an der zu gleichen Teilen beteiligt sein werden Vertreter der drei Parteien: Sozialisten, Kommunisten und Christlich-Soziale. . . Die Herren Eckener, Christiani und Diez können der neuen Gesellschaft nicht angehören.

II. Änderung des Redaktionskomitees: Herr Johannes Weyl wird der Zeitung nicht mehr angehören, weder als Direktor noch als Redakteur. . .« (zit. n. WEYL, Johannes: Aus 50 Jahren Zeitungsarbeit, Tafel 6).

Nachdem die Parteien im Laufe der Jahre 1947/48 eigene Organe hatten gründen dürfen, erhielt Johannes Weyl am 31. 12. 1948 ein Schreiben der Militärregierung, in dem die Entscheidungen vom Januar 1946 für null und nichtig erklärt wurden. Weyl wurde in seine Rechte als Herausgeber wieder eingesetzt, die Verlagsgesellschaft des SÜDKURIER abermals gegründet.